



Leben ohne Polizei

Die kolumbianische Friedens-
gemeinde San José de Apartadó
zieht um und gründet San Josécito.

Seite 3

Gender

Im FOKUS: Bewaffnete Konflikte
haben unterschiedliche Folgen für
Männer und Frauen.

Seite 7 - 10

Jahr der Stärkung

Rückschau auf die Arbeit von PBI
auf nationaler und internationaler
Ebene im 2004.

Seite 12 - 13



Sabine Ziegler
Geschäftsführerin
PBI Schweiz

«Nein, die Schweiz mag ich nicht, weil hier schon alles gemacht ist», antwortete Yolanda Becerra, Präsidentin der kolumbianischen Frauenorganisation OFP, auf die Frage einer NZZ-Journalistin, ob ihr die Schweiz gefalle. Frauen sind hartnäckige Kämpferinnen, wenn es um die Menschenrechte geht.

Nach dem ersten Jahr *peacebrigades.ch* und dem Aufbau eines gut etablierten Redaktionsteams dürfen wir Ihnen ein erstes Heft mit thematischem Schwerpunkt präsentieren. Wir möchten zukünftig öfter Querschnittsthemen diskutieren und zum Nachdenken anregen. Wieso «Gender» – also «soziales Geschlecht» – als erstes Thema? Vielleicht, weil heute die ganze Belegschaft bei PBI Schweiz weiblich ist? Oder weil die Frauen in unseren Projekt-Partnerorganisationen zunehmendem Druck ausgesetzt sind? Sicherlich haben die eindrücklichen MenschenrechtsverteidigerInnen, die anlässlich der diesjährigen Menschenrechts-

kommission in der Schweiz weilten, das Ihre dazu beigetragen. Wir bieten diesen Frauen einen Platz für ihre Anliegen, wollen Hintergründe vermitteln und aufzeigen, weshalb politische Repression zwischen Männern und Frauen diskriminiert. Wir geben der humanitären Frauenorganisation RPuK aus Aceh das Wort. Durch den Besuch einer Vertreterin von RpuK hatte PBI die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Swisspeace eine ExpertInnen-diskussion zum Thema Gender und Konfliktsensitivität anzuregen. Denn nach dem Tsunami droht sich die in Aceh bereits bestehende Diskriminierung zu verschärfen.

Sie halten kein buntes Frauenheft in Ihren Händen, aber ein Zeugnis von Vitalität und Wahrheitskampf.

Ich wünsche Ihnen gute Lektüre und freue mich auf ein Feedback!

Raum für Frieden schaffen

Peace Brigades International (PBI) leistet seit 1981 Friedenseinsätze und Menschenrechtsbeobachtung in Krisengebieten. Internationale Teams von Freiwilligen begleiten Personen und Gemeinschaften, die wegen ihres gewaltfreien Engagements für Gerechtigkeit und Frieden an Leib und Leben bedroht werden. Die internationale Präsenz ermöglicht ihnen die Weiterarbeit. Menschenrechtsverletzungen können nicht unbemerkt geschehen und werden verhütet.

Die gewaltabschreckende Wirkung der Schutzbegleitung wird verstärkt durch die Pflege eines umfangreichen Kontakt- und Beziehungsnetzes zu zivilen und militärischen Behörden, zu den Regierungen, zum diplomatischen Korps, zu internationalen und nationalen Institutionen und Organisationen. PBI bietet zur Zeit Schutzbegleitungen in vier Ländern: In Kolumbien, Mexiko, Guatemala und Indonesien. Ständig stehen etwa 70 Freiwillige im Einsatz, darunter mehrere Frauen und Männer aus der Schweiz.

Die Aktivitäten von PBI gründen auf den Prinzipien der Gewaltfreiheit, Nichtparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie auf der Idee, dass die betroffene Bevölkerung ihre Konflikte selbständig gewaltfrei lösen kann, wenn ihr der dafür notwendige Raum zur Verfügung steht (Nichteinmischung). PBI wird nur auf Anfrage aktiv.



Titelfoto

Lhonga Camp für intern Vertriebene westlich von Banda Aceh. Mütter mit Kindern in einem anlässlich des Besuches vom deutschen Ausserminister Joschka Fischer durch die Welthungerhilfe eröffneten Spielzelt. (Foto: Jörg Meier)

peacebrigades.ch

Rundbrief von Peace Brigades International – PBI Schweiz – Nr. 2/05, September 2005

Erscheint dreimal jährlich. Nächste Ausgabe: Dezember 2005. Redaktionsschluss: 1. November 2005

Redaktion: Sylviane Binz und Christa Dold

Mitarbeitende dieser Nummer: AutorInnen: Katia Aeby, Tommy Byrne, Chantal Daum, Christa Dold, Wiebke Döring, Brigit Dürr, Sylvie Gränicher, Anouk Henry, Sara Kipfer, Nina Neidhart, Pierre-Lucien Michelet, Gabi Stämpfli, Sabine Ziegler ÜbersetzerInnen: Katia Aeby, Tania Hörler, Lisa Huber, Judith Niederberger, Barbara Stiner, Ana Tegeltija Lektorat: Sven Fäh, Nina Neidhart.

Gestaltung: Alessandro Rimoldi – Druck: CRIC Print, Fribourg – Auflage: 2'400 (deutsch)

Gutenbergstr. 35, 3011 Bern, Tel. 031 372 44 44, Fax 031 372 44 45,

Tel. 026 422 25 90, Fax 026 422 26 03, PCK 80-20957-8

info@peacebrigades.ch, Website: www.peacebrigades.ch

Inhalt

KOLUMBIEN	3
INDONESIEN	4
NEPAL	5
MEXIKO	6
FOKUS	7
SCHWEIZ	11
SERVICE/AGENDA	16

Peacebrigades.ch ist das deutschsprachige Publikationsorgan von Peace Brigades International Schweiz. Die Beiträge in *peacebrigades.ch* geben nicht unbedingt die Meinung von PBI oder der Redaktion wieder.

Friedensgemeinde San José de Apartadó Ablehnung von Polizei und Gewalt

Die EinwohnerInnen der Friedensgemeinde San José haben sich entschieden, ihr Dorf zu verlassen, um nicht mehr länger Seite an Seite mit Sicherheitskräften leben zu müssen. In den Augen der BewohnerInnen sind eben diese Sicherheitskräfte für das Massaker vom letzten Februar, dem ein Anführer der Gemeinde zum Opfer fiel, verantwortlich.

Vielleicht war es Naivität oder aber überschwänglicher Optimismus, dass viele dachten, die Übergriffe auf San José de Apartadó gehörten der Vergangenheit an. Man sagte sich, die Strategien hätten geändert, die Übergriffe gegen diese Gemeinde würden klar als rechtliche Verletzung anerkannt. Wer nicht wahrhaben wollte, zu welchen Gräueln Menschen fähig sind, musste eine Enttäuschung der eigenen Illusionen hinnehmen: am 21. Februar dieses Jahres wurden acht Menschen auf brutalste Art und Weise ermordet. Unter den Opfern waren der 11-jährige Deiner, die 6-jährige Natalie und der 18 Monate alte Santiago. Auch Luis Eduardo Guerra, Vater von Deiner und angesehener Anführer der Gemeinde, gehörte zu den Ermordeten. Mehrere Jahre hatte PBI ihn begleitet. Im 2002 sah er sich nach Morddrohungen gezwungen, San José zu verlassen. Die Liebe zu seinem Heimatdorf aber war stärker, so dass er vor einigen Monaten nach San José zurückkehrte, sich weigernd zu glauben, dass dies für ihn den Tod bedeuten könnte.

Armee wird beschuldigt

Die tosende Botschaft dieser schrecklichen Tat erstickte nicht in

Die internationale Gemeinschaft verurteilt

«Es braucht eine unabhängige Untersuchung des Massakers von San José de Apartadó», forderte Louise Arbour, UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte anlässlich der 61. Menschenrechtskommission im April in Genf. Dieser Forderung schlossen sich die VertreterInnen der Schweizer, der holländischen, der kanadischen und der norwegischen Delegation an. Wil-



Foto: Sebastian Roeters

Strassenszene in San José de Apartadó.

den Bergen, wo das Massaker stattgefunden hatte. Im Gegenteil, sie verbreitete sich rasch im ganzen Land und bald war sie auch über die Landesgrenzen hinaus bekannt (siehe Kasten). Denn die Gemeinde beschuldigte die kolumbianische Armee der Täterschaft. Die Regierung stritt dies sofort ab und wies ihrerseits die Verantwortung den Guerrillas zu. «Unmöglich», beteuerten die AugenzeugInnen.

Eine Kommission, der diverse Parteien angehörten, machte sich auf, die Leichname zu entfernen. Unter ihnen waren PBI, weitere internationale Organisationen, RegierungsvertreterInnen und einige Dutzend DorfbewohnerInnen. Dabei

son David, Mitglied des internen Rates der Friedensgemeinde San José, legte Zeugenschaft von den Vorkommnissen ab. Gleichzeitig reiste eine diplomatische, von PBI begleitete Delegation nach San José. Vor kurzem, im vergangenen Mai, hat sich auch das spanische Parlament zum Massaker geäußert und Präsident Uribe aufgefordert, den Sachverhalt aufzuklären. AH

zeigte sich, wie schwierig es ist, eine unabhängige Untersuchung durchzuführen. Präsident Alvaro Uribe Velez seinerseits hat den Friedensgemeinden, wie San José eine ist, sofort den Krieg erklärt. In seinen Augen ist es unzulässig, dass Zivilpersonen die Präsenz einer legalen bewaffneten Einheit, wie hier die Armee, zurückweisen. Und in der Annahme, damit weitere Opfer verhindern zu können, ordnete der Regierungschef sogar die Gründung eines Polizeipostens in San José an.

Getreu ihren manchmal fast eigensinnig verfolgten Prinzipien, reagierten die paar hundert Mitglieder der Friedensgemeinde von San José rasch. Aus dem Ort wegzuziehen, war die einzige Möglichkeit, nicht mit einem bewaffneten Akteur zusammen leben zu müssen. Als die Polizei mit dem Bau ihres Postens begann, machten sich etwa 90 Familien auf, etwas weiter weg ein neues Dorf aufzubauen. Sie taufte es San Josécito – kleines San José. Seit März ist San José nun ein Geisterdorf. Nur wenige Kilometer weiter, dem Tod den Rücken zukehrend, nimmt das Leben neuerlich seinen Lauf – trotz allem.

Alltag in West-Papua

Ein Schweizer Freiwilliger berichtet

Das Team von PBI in West-Papua ist seit März 2004 im Einsatz und zählt heute 4 Freiwillige. Da PBI zu diesem Zeitpunkt noch keine offizielle Bewilligung für Begleitungen in Papua hatte, konzentrierte sie sich bis heute auf Friedenserziehung (Peace-Ed) und den Aufbau eines Beziehungsnetzes mit lokalen NGOs. Folgend eine «Momentaufnahme» vom Alltagsleben des Teams, zusammengestellt von Pierre-Lucien Michelet, Schweizer PBI-Freiwilliger in Jayapura, Provinzhauptstadt im Westen von West-Papua.

«Während ungefähr 2 Wochen war unser Haus voll. Wir beherbergten die Mitglieder von *Peace-Ed*, dem PBI-Team, das an verschiedenen Orten des indonesischen Archipels Workshops zum Thema Ge-

sehen, dass die Mitglieder des PBI-Teams in Papua beim Workshop eine aktive Rolle spielen. So stellten wir einen Vorbereitungstag auf die Beine, um die Teilnehmenden zu treffen und ihre Erwartungen und

mellen Treffen fanden einige von uns doch noch die Zeit, am Workshop, an einer Veranstaltung oder an einem Essen teilzunehmen. Dabei konnte man sich auch wieder einmal ins Gedächtnis rufen, dass viele EinwohnerInnen Papuas ihr Land als «Land des Friedens» bezeichnen und dass die Suche nach gewaltfreien Lösungen Teil des *Budaya Damai* ist. Dies ist die pazifistische Kultur der Volksstämme, welche die Stammbevölkerung von Papua bilden.

Abschluss und Ausblick

Am letzten Tag des Workshops hatten wir eine Unterredung mit dem Vertreter einer Kirche. Wir befragten ihn nach den Möglichkeiten, in Wamena ein Haus zu mieten. In diesem zentralen Hochland werden die meisten Menschenrechtsverletzungen in Papua begangen. Falls es die finanzielle Lage erlaubt, will PBI im Verlauf des Sommers dort ein Büro eröffnen*. Zum Abschluss des Workshops feierten wir ein kleines Fest. Danach begleiteten wir eine Freiwillige, deren Einsatz zu Ende ging, zum Flughafen. Sie wollte nicht in ihre Heimatstadt zurückkehren, in der «keine Schweine die Strasse überqueren und wo die PassantInnen kein Wort miteinander wechseln», meinte sie beim Abschied. Damit neigte sich das Wochenende seinem Ende zu. Und schon begannen wir uns zu fragen, was in der kommenden Woche auf uns zukommen würde.»

Pierre-Lucien Michelet

* Ende Juli 2005 starteten zwei PBI-Freiwillige Aktivitäten in Wamena.



Foto: PBI-Indonesien, Aceh-Team

Teilnehmende an einem Workshop zu Gewaltfreiheit und Konflikttransformation in Papua: Ortsansässige NGO-Mitarbeitende, Mitglieder des *Peace-Ed*-Teams und einige PBI-Freiwillige.

waltlosigkeit und Friedenserziehung organisiert. Zum ersten Mal in Papua überhaupt, hat dieses Team während 5 Tagen im Mai einen Workshop über «Konflikttransformation» durchgeführt. Organisiert wurde der Workshop zusammen mit der Universität von Jayapura und zwei lokalen NGOs, die im Bereich der Menschenrechte tätig sind. 20 Personen nahmen teil.

Die Vorbereitungen

In der Woche vor dem Workshop wurde unser Wohnzimmer zum strategischen Mittelpunkt, wo sich ortsansässige Mitarbeitende mit denjenigen des *Peace-Ed* Teams trafen, um die Details der Module zu besprechen. Anfänglich war vorge-

Bedürfnisse bezüglich Konfliktlösung zu besprechen. Danach nahmen wir eine passivere Rolle ein und hielten uns bei den kommenden Aktivitäten eher im Hintergrund.

«Land des Friedens»

Während des Workshops konzentrierten wir uns mehrheitlich auf die Betreuung unseres lokalen Netzwerks, d.h. die Organisationen, mit denen wir im vergangenen Jahr enge Kontakte geknüpft hatten. Die Beurteilung ihrer Sicherheit und ihre Meinung zum aktuellen politischen Klima stellten die Hauptanliegen unsererseits dar. Dies ist die beste Möglichkeit, sich von der Menschenrechtssituation in der Provinz ein Bild zu machen. Zwischen den infor-

Haftbedingungen und Antiterrorgesetz in Nepal

Seit dem Staatsstreich vom 1. Februar 2005 sind Hunderte von AktivistInnen hinter Schloss und Riegel gesperrt worden. TADO – die Verordnung betreffend terroristischer und destabilisierender Aktivitäten – die am vergangenen 14. April verlängert wurde, gibt den Behörden erweiterte Befugnisse für Verhaftungen und Inhaftierungen. Ein Gespräch mit der Direktorin des *Advocacy Forums*, der ersten nepalesischen Organisation, die mit der Nepal Bar Association um Begleitschutz von PBI bat.

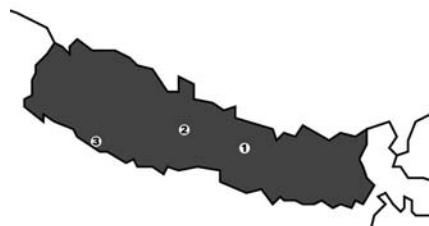


Mandira Sharma, Sie sind Direktorin des Advocacy Forums, einer Rechtshilfeorganisation für Opfer von Men-

schenrechtsverletzungen, und besuchen regelmässig Gefangene in Haftanstalten. Welche Haftbedingungen treffen Sie bei diesen Besuchen an?

Es ist fast unmöglich zu schildern, was ich in diesen Haftanstalten täglich zu sehen bekomme. Es geht über jede Vorstellung hinaus. Dutzende von Gefangenen werden in Zellen gepfercht, oft haben sie nicht einmal Zugang zu lebenswichtiger, medizinischer Versorgung. Einige von ihnen bekommen während mehrerer Tage keine Nahrung, weil sie bei ihrer Ankunft nicht registriert wurden. Dabei ist zu bedenken, dass wir nur zu den Haftanstalten der Polizei Zugang haben, nicht zu jenen der Armee, wo die Zustände noch schlimmer sind. Im vergangenen Jahr haben wir 2'500 Gefangene besucht. Von diesen hatten 90%

PBI in Nepal



Die drei aktuellen Arbeitsstandorte von PBI in Nepal:

1. Katmandu
2. Pokhara
3. Nepalgunj

innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden keinen Zugang zu einem Anwalt und 70% waren massiv gefoltert worden.

Wie dokumentieren Sie die Fälle von Folter?

Dies ist sehr schwierig, zum Teil auch weil die Richter den Verletzungen der Menschenrechte keine Beachtung schenken. Aufgrund des nepalesischen Rechts können AnwältInnen oder Angehörige eines Gefangenen bei Verdacht auf Folter verlangen, dass innert drei Tagen eine medizinische Untersuchung durchgeführt wird. Ich habe kürzlich eine solche Untersuchung verlangt, aber die administrativen Massnahmen wurden verschleppt, und die Untersuchung dieses Gefangenen fand schliesslich einen Monat später statt! Nach so langer Zeit können Folterspuren kaum mehr festgestellt werden. Es besteht deshalb wenig Aussicht, dass die Folterung anerkannt wird. Überdies verwenden die Polizisten vermehrt Methoden, welche keine Spuren hinterlassen. Vergewaltigungen können kaum nachgewiesen werden, weil in den meisten Fällen keine medizinische Untersuchung durchgeführt wird.

Welches sind die Auswirkungen von TADO für die Gefangenen?

TADO erlaubt eine einjährige Untersuchungshaft für Personen, die der Planung terroristischer Handlungen verdächtigt werden. Die unter TADO unschuldig festgehaltenen Personen haben keinen Zugang zu einem Richter, während den schlimmsten Verbrechen dieses Recht nicht abgesprochen wird! Hunderte von

Menschen wurden unter TADO verhaftet, darunter JournalistInnen und AnwältInnen, aber nur einige Dutzend von ihnen führte man einem Richter vor. Die Menschen sind in Militärbaracken inhaftiert, was in keiner Weise einem Haftort mit «menschlichen» Zügen entspricht, wie es eine Bestimmung von TADO verlangt. Auch das Besuchsrecht während der Inhaftierung wird ihnen aberkannt, ebenfalls entgegen bestehende Bestimmungen.

Sind die Verletzungen von Menschenrechten seit dieser Verordnung häufiger geworden?

Die Fälle von Folter sind unter TADO noch zahlreicher als vorher. Wir haben den Verdacht, dass gewisse inhaftierte Personen zum Verschwinden gebracht oder aussergerichtlich hingerichtet wurden. Viele AktivistInnen verstehen diese Verordnung als Angriff auf die Zivilgesellschaft und als Beweis für die wachsende Macht des Militärs. Wir haben gegen TADO eine Klage beim Obersten Gericht eingereicht. Dieses hat entschieden, dass TADO ungesetzlich ist, und hat von der Regierung eine Antwort verlangt. Wir warten immer noch auf diese Antwort.

Sylvie Gränicher / S. Binz

San Cristóbal de las Casas – ein Ort, viele Gesichter

San Cristóbal de las Casas – Dorf und Stadt zugleich. Kolonialer Charme, wunderschön eingebettet in Hügelszüge. Ein Labyrinth aus farbenprächtigen, engen Strassen. Traditionell gekleidete Menschen prägen das Strassenbild ebenso wie die vielen TouristInnen. Auf Schritt und Tritt werden Waren zum Kauf angeboten. Vor allem die indigene Bevölkerung hält eine riesige Auswahl an selbst hergestellten Produkten wie Spielzeuge, Decken oder Kleider feil. Dutzende von Cafés mit wunderschönen Patios locken. San Cristóbal – ein Ort zum Wohlfühlen, Verweilen und Geniessen...

San Cristóbal de las Casas –

Bezirkshauptort und Schauplatz der Guerillaoffensive der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) vom 1. Januar 1994. Einen Tag später verliert Subcommandante Marcos in San Cristóbal die «Erste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald». Mit 13 Forderungen begründen die Zapatisten ihren Kampf: Arbeit, Land, Wohnung, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden, Information und Kultur. In den darauffolgenden Tagen bombardieren die Regierungstruppen indigene Gemeinden. Es kommt zu Gewaltakten, Massenerschiessungen und Vertreibungen durch Bundesarmee und Grossgrundbesitzer. Während den nächsten sechs Jahren folgen zahlreiche weitere Verbrechen gegen die Menschenrechte. Über 20'000 Menschen werden durch paramilitärische Gewalt intern vertrieben. Mit der Übernahme der Macht durch den neuen mexikanischen Staatspräsidenten Vicente Fox im Jahre 2000 keimt Hoffnung auf, den Konflikt politisch lösen zu können. Auch nach Fox' Amtsantritt finden jedoch andauernde Menschenrechtsverletzungen statt; die Regierung zeigt kein Interesse an einer friedlichen Lösung. San Cristóbal – ein Ort an dem der Krieg gegen das Vergessen



Foto: Andrea Stutz

Im Frühjahr 2001 reisen die Zapatisten nach Mexiko-City, um die Umsetzung der 1996 beschlossenen Verträge von San Andres zu fordern.

weitergehen wird – bis die Rechte der Indigenas in Mexiko anerkannt sind und nie wieder vergessen werden.

San Cristóbal de las Casas – seit 1995 ständiger Sitz von SIPAZ («Servicio Internacional para la Paz»), eine internationale Friedensorganisation, welche nach dem Aufstand der Zapatisten in Chiapas 1994 mit der Aufgabe der Konfliktbeobachtung und -dokumentation ins Leben gerufen worden ist. SIPAZ unterstützt die Suche nach friedlichen Lösungen und den Aufbau einer Kultur des Friedens und des Dialogs zwischen allen am Konflikt beteiligten Akteuren. Der Koalition SIPAZ gehören 50 Organisationen

an, unter anderem auch PBI, die seit 1996 bei SIPAZ mitarbeitet. Die Arbeit des Teams in San Cristóbal konzentriert sich vor allem auf die drei Konfliktzonen Hochland, Dschungel und Norden und ist in folgenden Tätigkeitsfeldern aktiv: Information, Begleitung, Interreligiöser Dialog und Friedenssensibilisierung. Zusätzlich fordert SIPAZ die internationale Gemeinschaft dazu auf, ihre Beziehungen zu Mexiko genau zu überprüfen, wie auch ihre Verantwortung im Aufbau von mehr wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gerechtigkeit in der Weltordnung wahrzunehmen. San Cristóbal – ein Ort, wo Gleichgültigkeit keine Option ist.

Nina Neidhart

Politischer Gefangener frei

Nach dreieinhalbjähriger Haft kam der wegen Sabotage verurteilte mexikanische Aktivist Alejandro Cerezo am 1. März 2005 frei. Seit zwei Jahren begleitet PBI die Schwester und einen Bruder Alejandro, die beide Mitglieder des Cerezo Komitees zur Unterstützung politischer Gefangener sind. Beide haben bereits Drohungen erhalten und berichten, der Schutz von PBI erhöhe die Sichtbarkeit des Komitees und die öffentliche Anerkennung ihres Einsatzes merklich.

Katia Aeby

Gender – Geschlechterrollen: Männer und Frauen in bewaffneten Konflikten

Die heutigen Konflikte sind gezeichnet von gezielter Gewalt gegen ZivilistInnen. Während im 1. Weltkrieg noch 10% der Opfer Zivilpersonen waren, sind es in den bewaffneten Konflikten von heute über 80%. Bewaffnete Konflikte haben negative Folgen für beide Geschlechter. Sie führen zu geschlechtsspezifischen Benachteiligungen, insbesondere für Frauen. Die Gründe und Folgen werden von den internationalen und humanitären Organisationen nicht immer erkannt und genügend berücksichtigt.

Die Benachteiligungen von Frauen in bewaffneten Konflikten widerspiegeln ein Ungleichgewicht in Macht- und Sozialstrukturen, das bereits vor dem Konflikt bestand, durch diesen und dessen Nachwirkungen aber noch verschlimmert wird.

In allen Gewaltkonflikten dominieren die Männer Armee und Politik. Männer lösen die Kampfhandlungen aus und führen die Verhandlungen. Die Rolle der Frauen im Konflikt ist häufig weniger direkt und sichtbar. Sie unterstützen ihre Männer, übernehmen männliche Rollen im Erwerbsleben, kümmern sich um die Verwundeten, Kranken und Zu-



rückgebliebenen. Es sind mehrheitlich Männer, die bei Kampfhandlungen ums Leben kommen. Frauen machen jedoch die Mehrheit der zivilen Todesopfer aus. Sie sind Opfer der zusammenbrechenden sozialen Strukturen. Doch auch Frauen nehmen an Gewalt Handlungen teil, schliessen sich der Armee, Guerilla oder Befreiungsbewegung an.

Opfer – auf beiden Seiten

Die Folgen bewaffneter Konflikte auf die Geschlechter und ihre Rollen sind einschneidend. Gewaltsame Vertreibungen und ge-



schlechtsspezifische Gewalt sind zwei Beispiele, bei denen es sich nicht um unvermeidbare Folgen, sondern um gezielte Strategien zur Destabilisierung von Familien und Gemeinschaften handelt. Frauen und Kinder machen weltweit 80% der Flüchtlinge und intern Vertriebenen aus. Sie sind besonders verletzlich und gefährdet. Physische und sexuelle Gewalt, speziell gegen Frauen und Kinder, trifft man häufiger während und nach Konflikten an. Vergewaltigung und Schwängerung sind eigentliche Kriegsstrategien. Eine «Sexualisierung» der Streitzonen ist ein bekanntes Phänomen: kommerzielles Sexgewerbe einschliesslich Kinderprostitution nimmt zu. Die feindliche Konfliktpartei sowie staatliche Streitkräfte zwingen Frauen zu Prostitution und sexueller Sklaverei. Manchmal sind es auch Angehörige internationaler Friedensorganisationen – man denke zum Beispiel an die Vorfälle mit den UN-Friedenstruppen in Mozambique und Kambodscha – für die sich Frauen im Austausch für Nahrung oder kleine Mengen an Geld prostituieren. Als Überlebensstrategie gehen Frauen in Konflikten auch «freiwillige» sexuelle Beziehungen mit Kämpfern der gegnerischen Seite ein, um ihr eigenes Überleben und das ihrer Kinder zu sichern. In der Folge werden sie oft durch ihr soziales Um-

feld stigmatisiert und diskriminiert. Obwohl Männer die primären Akteure von Gewalt gegen Frauen und Kinder sind, werden auch sie Opfer von Gewalt, einschliesslich sexueller Gewalt.

Geschlechterrollen aufgeweicht

Infolge des Konflikts übernehmen Frauen traditionell männliche Rollen. In Abwesenheit ihrer Ehemänner werden sie zu allein stehenden Familienvorständen und müssen für den Lebensunterhalt ihrer



Familie aufkommen. Viele Frauen werden durch die Streitigkeiten traumatisiert und ihrer Ehemänner, Söhne und Brüder für immer beraubt. Trotz der menschlichen Tragik können solche Momente zu Katalysatoren werden in Machtstrukturen, welche die Frauen bisher unter-

FOKUS: Gender

Geschlechterrollen in bewaffneten Konflikten: Übersicht	S. 7/8
PBI und Geschlechterrollen	S. 8
Die weibliche Seite der Tsunami-Katastrophe	S. 9
Bericht einer Frauenrechtsaktivistin aus Aceh	S. 10

drückt hatten. Bestehende soziale Normen und Geschlechtsstereotypen werden aufgeweicht.

Friedens-Akteurinnen

Bewaffnete Konflikte machen Frauen zu Opfern, Pflegerinnen, Witwen, Familienvorständen oder auch zu Kämpferinnen. Nicht nur: Frauen sind auch Akteurinnen und viele engagieren sich für den Frieden. Nicht am Verhandlungstisch, sondern in der Gemeinschaft, in der Familie, in Frauengruppen und auf der Strasse verrichten sie ihre unspektakuläre alltägliche «Friedensarbeit». So haben Frauen in Sri Lanka jahrelang die Ausgangssperre mit Armeesoldaten verhandelt und so ein Stück Normalität geschaffen.

Aufgrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungen und Rollen bringen sie qualitativ andere soziale und politische Perspektiven in die Friedensarbeit ein. Wie im genannten Beispiel der Sri Lankanischen Frauen arbeiten Friedensaktivistinnen häufig mit geschlechtsspezifischen Stereotypen,

mit der Rolle der friedensliebenden Mutter und Frau. So wirken Frauen, die sich aus privaten und persön-



lichen Motiven heraus engagieren – weil ihre Männer «verschwanden» oder ihre Söhne rekrutiert wurden – in der Gesellschaft glaubwürdig. Sie können sich eher Gehör verschaffen, während soziale Protestbewegungen von Männern schneller Repressalien ausgesetzt sind.

UN-Resolution 1325

Trotz dieses grossen Engagements von Frauen, wird ihre «stille»

Arbeit in den offiziellen Friedensprozessen immer noch zu wenig beachtet. Von den Verhandlungstischen bleiben sie häufig ausgeschlossen. Die internationale Gemeinschaft hat die spezifische Gefährdung und das spezifische Potential von Frauen in Konflikt- und Nachkonfliktsituationen erkannt. Im Jahr 2000 wurde die Resolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit» des UNO-Sicherheitsrats von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen einstimmig verabschiedet. Diesem Resolutionstext müssen nun Taten folgen.

Christa Dold

Link:

http://www.swisspeace.org/koff/uploads/InfoSheet/InfoSheet1_RolesOf.pdf

PBI und Geschlechterrollen

«Sie kamen nach Kolumbien, um Frauen zu begleiten... Frauen, die Überbringerinnen des Lebens... Frauen, die mutig, intelligent und geduldig die tägliche Anstrengung in Kauf nehmen, sich für ihre Rechte einzusetzen.» Soraya Gutierrez, Präsidentin des Anwaltskollektivs José Alvear Restrepo, Kolumbien.

PBI setzt sich für gleiche Chancen von Männern und Frauen innerhalb der Organisation ein, sei es bei den Festangestellten oder den Freiwilligen. Es existieren Richtlinien und Verhaltensregeln. Aufgrund der Arbeitsweise und dem Prinzip der Nichteinmischung sind die PBI-Projekte jedoch nicht geschlechtsspezifisch orientiert. Die Verantwortlichkeiten, die sozialen und ökonomi-

schen Rollen von Männern und Frauen in den Projektländern, werden nicht systematisch hinterfragt. Die langjährige Arbeitserfahrung in den einzelnen Ländern ermöglicht PBI aber ein solides gesellschaftliches und kulturelles Wissen einschliesslich Geschlechterrollen. Dieses Verständnis beeinflusst die tägliche Arbeit wie auch die strategische Planung. In den Projektländern nehmen Frauen eine proaktive Rolle bei der Förderung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit ein. Auch besteht die Mehrheit der intern Vertriebenen in unseren Projektländern aus Frauen und Kindern.

PBI begleitet Organisationen, die sich auf Frauenrechte spezialisiert haben, wie etwa RPuK in Aceh.

RPuK besteht aus einem Team freiwilliger Frauen, das sich für intern Vertriebene und die Schulung von Frauen und Kindern engagiert (siehe Artikel S. 10). Andere Partnerorganisationen fokussieren nicht spezifisch auf Frauenrechte. Viele werden jedoch von Frauen geführt. Die Anliegen dieser NGOs weisen auf typische Rollenverteilungen von Männern und Frauen in internen Konflikten hin. Männer exponieren sich häufiger politisch und werden folglich eher Opfer von Repressionsmassnahmen. Die Hinterbliebenen – Ehefrauen, Schwestern und Mütter – kämpfen darum, die Fälle aufzudecken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

C. Dold

Nach der Flutwelle in Aceh

Die weibliche Seite der Katastrophe

Katastrophen, wie «natürlich» bedingt sie auch sein mögen, treffen die Bevölkerung nicht gleichmässig. Wo immer sie auftreten, bestimmen bestehende Strukturen, wer eher verschont bleibt oder sich von den Folgen schneller erholen kann und wer einen hohen Preis bezahlt. In Aceh, Indonesien, traf die Flut eine langjährige Konfliktregion. Welche Folgen hat die Katastrophe für die Zivilbevölkerung, insbesondere für die Frauen?

In Indonesien forderte der Tsunami über 174'000 Menschenleben und machte 800'000 zu Vertriebenen (August '05). Trotz ungenauer Daten ist unbestritten, dass die Opfer um ein Vielfaches häufiger Frauen und Kinder waren. Eine Studie von *Oxfam** fand, dass im Aceh Besar Distrikt von 676 Überlebenden nur 189 weiblich waren, sprich dreimal mehr Frauen fanden in der Flut den Tod.

Frauen überlebten seltener

Die Gründe für dieses Missverhältnis sind vielschichtig: viele Frauen starben, weil sie erst ihre Kinder oder älteren Familienmitglieder suchten, statt sofort zu fliehen. Frauen hielten sich häufiger Zuhause – in Strandnähe – auf. Die Männer dagegen waren ausser Haus, machten Besorgungen oder befanden sich auf dem Meer und die Boote trugen sie über die Welle hinweg. Auch physische Faktoren spielten eine Rolle: Schwangerschaft, geringere Körperkraft oder die langen Kleider von Musliminnen machten das Überleben bei Frauen weniger wahrscheinlich. Männer können häufiger als Frauen schwimmen oder auf Bäume klettern.

Die Folgen

Durch den bestehenden Konflikt waren die Rechte und Sicherheit von Frauen in Aceh bereits vor dem Tsunami empfindlich eingeschränkt. Viele erlebten Traumatisierungen, waren von beiden Konfliktparteien durch physische und sexuelle Gewalt bedroht oder wurden zwangsrekrutiert. Die Flut löste gravierende, demographische Verschiebungen aus, deren gesellschaftliche Folgen nicht zu unterschätzen sind. Am meisten beeinträchtigt werden



Die Flutwelle hinterlässt Tod und Zerstörung in Aceh.

in vielen Fällen die Frauen sein.

In den Notunterkünften sind Frauen in der Minderzahl und somit stärker gefährdet, Opfer von sexueller Belästigung und Vergewaltigung zu werden. Kulturelle Normen halten viele davon ab, öffentlich nach Hilfe zu suchen. Mit weniger Frauen im heiratsfähigen Alter werden Mädchen früher verheiratet. Ihre Bildungschancen und ihre reproduktive Gesundheit stehen auf dem Spiel. Die zukünftige Arbeitsbelastung von Frauen hängt davon ab, ob Männer mehr Verantwortung im Haushalt und der Kinderbetreuung übernehmen werden. Sollten sich die traditionellen Geschlechterrollen nicht so leicht umwälzen lassen, wird sich das Arbeitspensum von Frauen beträchtlich vergrössern.

Frauen beteiligen

Nach dem «do no harm»-Prinzip sollen nicht intendierte Folgen von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit kritisch in den Blick genommen und ungewollte Konfliktverschärfungen erkannt und vermieden werden. Die Beteiligung von Frauen auf allen Entscheidungs- und

Umsetzungsebenen spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, konfliktdeeskalierende Wirkungen zu erzielen. *Oxfam* begann dazu ein Studienprojekt und fordert internationale Geberländer und NGOs auf die Aspekte der Geschlechterrollen zentral in die Aufbauarbeit zu integrieren. Die verschiedenartigen Bedürfnisse von Männern und Frauen müssen adäquat eingeschätzt und berücksichtigt werden. Bei sämtlichen Massnahmen müssen Frauen teilhaben können. Dabei ist die Abstützung auf bereits bestehende, lokale Frauenrechtsorganisationen wichtig. Frauen sind nicht nur Opfer, sie sind aktiv am Handlungsprozess beteiligt. Umwälzungen in der Gesellschaftsstruktur tragen ein Potential zur politischen Veränderung in sich. Doch die Tür mit Möglichkeiten für Reformen schliesst sich schnell wieder.

Christa Dold

*The tsunami's impact on women, *Oxfam* Briefing Note. March 2005. Online: http://www.oxfam.org/eng/pdfs/bn050326_tsunami_women.pdf

Frauen für Menschenrechte

Eine Frauenrechtsaktivistin aus Aceh berichtet

In der nordindonesischen Provinz Aceh herrscht seit 1976 Krieg. Die Bewegung Freies Aceh (GAM) kämpft mit Gewalt gegen die indonesische Zentralregierung und für einen unabhängigen Staat. Derweil leidet die acehnische Zivilbevölkerung unter schwersten Menschenrechtsverletzungen beider Konfliktparteien. Ein Gespräch mit Rani, Mitarbeiterin einer lokalen humanitären Frauenorganisation.

Rani heisst eigentlich gar nicht Rani. Rani möchte unerkannt bleiben. Keine Fotos, keine Tonaufnahme unseres Gesprächs. Rani hat Angst – vor dem Militär, vor der GAM. Angst, auch Opfer der allgegenwärtigen Gewalt zu werden. «Die Regierung führt so genannte ‚black lists‘ von SympathisantInnen der GAM, auf denen auch viele Mitarbeitende von NGOs vermerkt sind», berichtet Rani.

Intern Vertriebene

RPuK (Freiwillige Frauen für die Menschlichkeit), die Organisation für die Rani arbeitet, kümmert sich um die im eigenen Land Vertriebenen (IDPs). Allein im letzten Jahrzehnt wurden insgesamt eine halbe Million Menschen durch den bewaffneten Konflikt vertrieben. Doch viele der Vertriebenen meiden die IDP-Lager aus Angst vor Befragungen durch das Militär. «Sie verstecken sich im Wald, in verlassenen Häusern oder suchen bei Verwandten Zuflucht», erzählt Rani. Tatsächlich befinden sich die meisten IDPs ausserhalb der offiziellen Lagern. Das sei genau das Problem, wie Rani erklärt: «Die Vertriebenen, die sich nicht in einem offiziellen IDP-Lager befinden, werden von der Regierung nicht als IDPs anerkannt. Das heisst, die Regierung ist nicht für sie verantwortlich und muss sie nicht unterstützen.» Offizielle Lager erhalten Reis, Instantnudeln und Zelte. „Dennoch helfen wir auch in IDP-Lagern. Sauberes Trinkwasser ist ein grosses Problem, aber auch zu wenig Essen, sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung.»

Frauen und Kinder am stärksten betroffen

RPuK kümmert sich in erster Linie um Frauen und Kinder, da diese vom Konflikt am stärksten betroffen sind:

«Verschiedene Formen sexueller Gewalt gegen Frauen werden von beiden Seiten zur Kriegsführung instrumentalisiert. Vergewaltigungsoffer wagen sich häufig nicht über ihr Schicksal zu sprechen.» Rani erzählt weiter: «Ausserdem ist es sehr schwierig, die Fälle vor Gericht zu bringen. Es gibt zwar lokale NGOs, die Frauen in rechtlichen Belangen

weiter eingeschränkt. RPuK wie auch viele andere NGOs verloren Mitarbeitende und haben Schäden an ihren Räumlichkeiten zu beklagen. Die Provinz Aceh wurde zwar sehr zögerlich für ausländische Helfer geöffnet, doch bereits jetzt wird der Spielraum der Mitarbeitenden internationaler Hilfsorganisationen in der Provinz immer stärker eingeschränkt.



Foto: Jörg Meier

Mutter mit Kindern im Lhonga Camp für intern Vertriebene westlich von Banda Aceh.

unterstützen, trotzdem wagen sich viele nicht, ihren Fall publik zu machen. Dank unermüdlichem Einsatz konnten schon einige Verfahren erreicht werden, aber die Täter wurden nur zu milden Strafen verurteilt.»

Schwierige Arbeit, schwierige Zukunft

Die Arbeit von RPuK ist schwierig, obwohl die Organisation über eine Sondergenehmigung des Militärkommandos Aceh verfügt. Die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt, überall sind Strassensperren und Kontrollpunkte eingerichtet. Der Tsunami hat die Möglichkeiten der Friedens- und Demokratiebewegung

Indonesische Politiker und Staatsangestellte haben wiederholt Fristen für deren Abzug gefordert.

Trotz der gescheiterten Verhandlungen in der Vergangenheit setzt Rani grosse Hoffnungen in die zurzeit in Helsinki laufenden Friedensverhandlungen. Allerdings ist die Zivilgesellschaft davon ausgeschlossen. «Die Zivilbevölkerung fühlt sich weder von der Regierung noch von der GAM vertreten», sagt Rani. «Wir wissen nicht, was verhandelt wird. Hauptsache es gibt Frieden, damit ein normales Leben möglich ist.»

Anne-Chantal Daum,
Gesellschaft für bedrohte Völker
C. Dold

Zurück in der Schweiz – und nun?

Was erwartet Freiwillige nach ihrer Rückkehr in die Schweiz? Wie erleben sie die erste Phase der Reintegration in Freundeskreis und Familie? Kehren sie an ihren Studien- und Arbeitsplatz zurück oder stehen sie vor einem Neuanfang? Diesen und ähnlichen Fragen ist PBI im vergangenen Herbst nachgegangen und hat dazu Fragebogen an ehemalige Freiwillige verschickt. Längerfristig soll ein Programm für RückkehrerInnen aufgebaut werden.

Fünfzehn ehemalige Freiwillige aus vielen verschiedenen Projekten haben sich an der Umfrage beteiligt. Sie waren in Haïti, Kolumbien, Mexiko/Chiapas, Indonesien, Guatemala, Kanada und Serbien/Belgrad (Balkan Peace Team) während mindestens drei Monaten und bis zu zwei Jahren für PBI bzw. PWS (Peace Watch Switzerland) tätig. Die meisten von ihnen haben ihren Einsatz wie geplant geleistet und ihn nur in Ausnahmefällen verlängert oder abgebrochen. Was hat die RückkehrerInnen bei ihrer Ankunft in der Schweiz am meisten bewegt? Was für gemeinsamen Erfahrungen teilen sie? Es fällt nicht leicht, ein schlüssiges Fazit zu ziehen.

Wunsch nach Austausch

Fast alle ehemaligen Freiwilligen verspürten das Bedürfnis, das Erlebte nachträglich irgendwie aufzuarbeiten. Bei einigen entstand sofort der Wunsch, darüber zu sprechen, bei anderen erst nach ein paar Monaten. Bei einigen wenigen äusserte sich dieses Bedürfnis nie, sie brauchten einfach viel Zeit für sich. Etwas grundsätzlich anders machen würden die Freiwilligen bei ihrer

Rückkehr jedoch nicht. Sie fanden in der Regel, sie hätten sich gut vorbereitet und sie waren sich darüber im Klaren, dass die Rückkehr ein Prozess ist, der Zeit braucht. Insbesondere wussten sie es zu schätzen, wenn sie im Familien- und Freundeskreis von ihren Erfahrungen erzählen konnten. Aber gerade dies war nicht einfach: Vieles liess sich nicht so leicht in den Schweizer Alltag übersetzen, blieb unverständlich und die intensiven Gefühle waren kaum in Worte zu fassen. Mit der Zeit nahm auch die Bereitschaft des Umfeldes zuzuhören, und das Interesse am Thema an und für sich, ab. Besonders wichtig war deshalb der Austausch mit anderen ehemaligen Freiwilligen und Personen, die das Projektland kennen. Eine gute Gelegenheit Erfahrungen mitzuteilen und Erlebnisse selber zu verarbeiten, boten die eigenen Vorträge, die den meisten in sehr positiver Erinnerung geblieben sind. Zwischen drei und zwanzig Vorträge wurden jeweils gehalten – vorwiegend in Kirchgemeinden und an Informationsnachmittagen von PBI, aber auch an Schulen, Universitäten und anderen öffentlichen Institutionen.

gesundheitlich beeinträchtigt. Ungefähr die Hälfte der Freiwilligen konnte an den früheren Studien- bzw. Arbeitsplatz zurückkehren. Andere wurden danach im Bereich Menschenrechte oder der Entwicklungszusammenarbeit tätig, fanden eine Anstellung bei der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) oder arbeiten bei einer anderen Organisation weiterhin im Projektland. Viele denken aber, dass die Fähigkeiten, die sie sich während ihrem PBI- / PWS-Einsatz angeeignet haben – Sprachkenntnisse, Teamfähigkeit, Beratung und Begleitung von Menschen mit traumatischen Erfahrungen, Arbeit im interkulturellen Umfeld etc. - heute im Alltag anwenden können.

Und wie lange dauerte es, bis sie das Gefühl hatten, sie hätten sich wieder hier eingelebt? Auch hier fielen die Antworten höchst unterschiedlich aus. «Sehr schnell», meinten einige, andere fanden, es hätte lange gebraucht (bis zu einem Jahr) und manchmal lebten sie noch heute gerne in der Erinnerung dieses intensiven Auslandsaufenthalts weiter.

Kontakt zu PBI weiter pflegen

Schliesslich wurde PBI bei der Auswertung des Fragebogens darin bestätigt, wie wichtig ein RückkehrerInnen-Treffen ist. Die Freiwilligen sind froh, auf die Unterstützung von PBI zählen zu können. PBI hat sich natürlich besonders gefreut, dass alle ehemaligen Freiwilligen, die bei der Umfrage mitgemacht haben, den Kontakt zur Organisation zum Teil noch sehr lange gepflegt haben und vielfach in irgendeiner Form weiterhin für PBI tätig sind.



Foto: PBI

Die Journalistin Manon Schick machte im 2003 einen Einsatz mit PBI in Kolumbien. Seit ihrer Rückkehr arbeitet sie als Mediensprecherin für die Schweizer Sektion von Amnesty International und ist Mitglied des PBI Nationalkomitees.

Zukunftsweisende Veränderungen

Mit einer Ausnahme haben alle ehemaligen Freiwilligen bei sich Veränderungen (in Bezug auf Wertvorstellungen, Umgang im interkulturellen Kontext, Gesundheit und Beruf) festgestellt. Am meisten erwähnt wurden die eigenen gewandelten Wertvorstellungen, die hautnahe Konfrontation mit anderen Mentalitäten und Begegnungen mit Menschen, die direkt Opfer von Gewalt sind. Der Einsatz hat glücklicherweise niemanden schwerwiegend

2004 – Jahr der Stärkung PBI-Generalversammlung 2005

Die Umsetzung der Anti-Terror-Gesetze nach dem 11. September 2001 erhöhte den Druck auf die MenschenrechtsverteidigerInnen in den PBI-Projektländern. In der Folge verzeichnete PBI im Jahr 2004 eine massive Zunahme der Anfragen für Begleitungen. Dies beweist sowohl die Notwendigkeit der Arbeit von PBI wie auch das Vertrauen in unsere Organisation.

PBI hat 2004 ausführliche Evaluationen aller Projekte durchgeführt und in der Folge für alle Länder strategische Dreijahrespläne erstellt. Es zeigte sich in der Evaluation, dass neben MenschenrechtsverteidigerInnen vermehrt Binnenflüchtlinge (IDPs) und Globalisierungsoffer PBI beanspruchen. Der Bedarf an Schutzbegleitung, internationaler Beobachtung, psycho-sozialer Betreuung und an Wissen über Sicherheit steigt. Im letzten Jahr ging PBI neue Partnerschaften ein mit UmweltaktivistInnen, IDPs, GewerkschafterInnen und indigenen Gruppen. Je nach Sicherheitslage, personellen Kapazitäten und Finanzmitteln kann jedoch nicht jedes Projekt diese breite Palette von AktivistInnen bedienen. Total waren 147 als Freiwillige für PBI im Einsatz.

Geografische Ausdehnung

2004 war auch das Jahr der geografischen Ausdehnung. PBI unternahm eine dreimonatige Explorationsmission nach Nepal. In Afrikas Region der Grossen Seen

wurden zwei Sicherheitsworkshops mit gegen 200 Teilnehmenden durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass diese kurzen Interventionen eine hohe Effektivität aufweisen, auch in Gebieten, welche die traditionelle Schutzbegleitung von PBI politisch gesehen nicht ermöglichen.

Veränderungen bei PBI Schweiz

Struktur- und Personalmutationen haben dazu geführt, dass ab September 2004 ein neues, ideenreiches Team aufgebaut wurde, das mit sieben Personen gegen 450 Stellenprozent ausfüllt. Der Hauptteil dieser Arbeit wird auf freiwilliger Basis geleistet. Das Jahr schliesst mit einer erfreulichen Spendensteigerung von 11% ab. Dies ermöglichte, dass PBI überdurchschnittlich hohe Projektbeiträge überweisen konnte. Noch nie hat PBI Schweiz so viele Monate Freiwilligenarbeit in allen Projektländern erbracht: SchweizerInnen leisteten 49 Monate Arbeitseinsatz für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Frie-

denförderung. Dies entspricht einem Gegenwert von CHF 294'000.

Innovative Öffentlichkeitsarbeit

Die Ausstellung «Obser-Vision» in Sierre stellte einen neuen Dialog zwischen Kunst und Menschenrechten her. Ein Parcours brachte mehreren hundert Jugendlichen die Arbeit von PBI näher. Auch in der Ausbildung war PBI aktiv und innovativ. Neben dem Kurs in gewaltfreier Konfliktbearbeitung gemeinsam mit dem «Centre de Martin Luther King» mit gegen 150 Teilnehmenden wurde neu ein «Train the Trainer»-Programm mit 12 Teilnehmenden durchgeführt. Einige ehemalige PBI-Freiwillige waren entweder als TrainerInnen oder als Teilnehmende dabei. Die Regionalgruppen in Zürich, Bern-Freiburg, Luzern und der Romandie unterstützten das Team in Fribourg mit regelmässigen Publikumsaktivitäten, mit Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

... und das Jahr 2005?

Als klar lesbare Organisation konnten im Jahr 2004 die Partnerschaften mit dem Bund – Politische Abteilung IV des EDA – und mit der Wirtschaft verstärkt werden. Der Umzug nach Bern (siehe Service-Seite) soll diese Netzwerkkontakte verstärken und die Sichtbarkeit der Organisation erhöhen.

Sabine Ziegler



Foto: PBI-Schweiz

Die Präsidentin Béatrice Berset berichtet über die Aktivitäten von PBI Schweiz im 2004.

Auf dem Dach der Welt: Friedensförderung und Menschenrechte

Bürgerkriege diskriminieren: in Nepal ist die Gefahr, dem Konflikt zum Opfer zu fallen, sehr ungleich verteilt. Die Sicherheitslage der Landbevölkerung ist prekär. Wer kann, migriert in die Hauptstadt oder flieht ins benachbarte Indien. An der PBI-Generalversammlung vom 30. April 2005 beleuchteten Nepal-ExpertInnen die aktuelle Situation im Land aus verschiedenen Winkeln.

«Schauplatz des Konflikts und der gravierenden Menschenrechtsverletzungen sind vor allem die ländlichen Gebiete», erklärte Martin Kärcher, der als Leiter eines Umweltprojekts der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) mehrere Jahre in Katmandu arbeitete. Die aufständischen Maoisten beherrschen rund 70% der Landesfläche. Ihr Hoheitsgebiet beschränkt sich weitestgehend auf die nur unzulänglich erschlossenen Regionen vor allem im Westen, wo es oft nicht einmal eine Strassenverbindung gibt. Die Ursachen des Konflikts sieht Kärcher im sozialen Ausschlussverfahren des Kastenwesens, der wirtschaftlichen Rückständigkeit sowie der grassierenden Korruption. Zu Hunderttausenden wandern BewohnerInnen ländlicher Gebiete in die Stadt oder ins Ausland ab.

Stadt-Land-Gefälle

Auch Sylvie Gränicher erachtet das wirtschaftliche und politische Stadt-Land-Gefälle als Risiko für das zukünftige PBI-Projekt. Nach ihrem Einsatz als Freiwillige im Indonesien-Projekt besuchte Gränicher die PBI-Erkundungsmission in Nepal. «Aus Sicherheitsgründen sind Schutzbegleitungen vorerst nur in der Hauptstadt zu erwarten, so zum Beispiel bei Menschenrechtsprozessen mit Opferaussagen», erklärte Gränicher. «In den westlichen Landesteilen ist mit Schutzgeldforderungen seitens der Maoisten zu rechnen.» Die Arbeitsprinzipien der Organisation erlauben jedoch keine Dialoge mit illegalen Akteuren. Forderungen der Rebellenseite kennt auch die Tourismus-Branche. Markus Siegfried, Mitbegründer von Globotrek Schweiz, bietet seit 1990 ein Nischenprodukt an: Trekking im



MigrantInnen, die in einer Ziegelei Katmandus arbeiten, nehmen an einem «Gesundheitstag» teil, der einfache Gesundheitsdienste wie Impfungen, Gewichtsmessungen bei Kleinkindern, Untersuchung auf verbreitete Krankheiten etc. bietet.

Himalayaland. Der Tourismus musste sich in den letzten Jahren weitestgehend aus dem Westen des Landes zurückziehen. Nach dem Palast-Massaker und der Ermordung von König Birendra am 1. Juni 2001 seien die Buchungen um 30% gesunken. Dank den differenzierten Analysen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) seien jedoch regionale Sicherheitsempfehlungen vorhanden, welche Nepal touristisch nicht vollkommen abriegeln.

Soziale und politische Not

Was abenteuerlustige TrekkingtouristInnen vielleicht weniger interessiert, sind die sozialen Fragen im Land und die sind in Nepal drängend. Dazu Kärcher: «Das Bevölkerungswachstum erhöht den Druck auf die natürlichen Ressourcen ständig und begünstigt die Migrationsbewegungen.» Das erhoffte bessere Leben finden die MigrantInnen in Katmandu jedoch kaum. Mit unsicheren und ungenügenden Löhnen hausen die

Familien in Notunterkünften ohne Trinkwasser und Kanalisationsanschluss. Aufgrund des Migrantentatus dürfen die Kinder nicht in die Schule. Die Zugewanderten sind ständig im Visier der Armee. Weil sie vom Land kommen, werden sie der Komplizenschaft mit den Maoisten verdächtigt und entsprechend kontrolliert und drangsaliert.

Mehr Sicherheit

PBI hofft mit der internationalen Präsenz zumindest eine Verbesserung der Sicherheitslage zu erreichen. Physische Schutzbegleitungen sind zur Zeit jedoch noch nicht möglich. Dafür braucht es einen legalen Aufenthalts- und Arbeitsstatus. Dieser Prozess kann mitunter Jahre in Anspruch nehmen. Erstmals konnte PBI im Mai Workshops für MenschenrechtsverteidigerInnen zum Thema Sicherheit anbieten. Weiter baut sie die Kontakte zu lokalen Organisationen und Regierungsstellen auf und aus.

Christa Dold

UNO-Menschenrechtskommission 2005

Die Lage in Mexiko

An der diesjährigen Menschenrechtskommission thematisierten zahlreiche NGOs die Menschenrechtslage in Mexiko, namentlich das Problem der Militarisierung in den Bundesstaaten Chiapas und Guerrero und die Fälle von Mord und «Verschwindenlassen» von Frauen in Ciudad Juarez.

Vom 14. bis 16. April 2005 fand in Genf die 61. Session der UNO-Menschenrechtskommission statt. Mehr als 3000 VertreterInnen von Mitgliedstaaten, Beobachterstaaten und Nichtregierungsorganisationen – darunter PBI – nahmen teil. Im Rahmen der Vollversammlung und den Parallelveranstaltungen kam die Lage in Mexiko zur Sprache.

Renaissance der Militarisierung

In Chiapas hat der Abbau von neun Militärlagern unter der Präsidentschaft von Vicente Fox kaum zu positiven Veränderungen geführt. Noch immer gibt es in diesem Bundesstaat 91 Militärlager. Seit Anfang 2005 erlebt der Prozess der Militarisierung eine Renaissance. Das begünstigt die Bildung paramilitärischer Gruppen. Diese versuchen

mittels Druck die lokale Bevölkerung dazu zu bringen, die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) nicht mehr länger zu unterstützen. Zwischen 1995 und 2000 wurden 95 extralegale Hinrichtungen gezählt.

Frauenmorde in Ciudad Juarez

Seit 1993 wurden in der nordmexikanischen Grenzstadt Ciudad Juarez (Bundesstaat Chihuahua) mehr als 400 Morde und 4000 Fälle von «Verschwindenlassen» gemeldet. Die Zahl der aufgeklärten Fälle ist sehr gering und nicht selten liegen

ihr willkürliche Anschuldigungen und Verhaftungen oder durch Folter erzwungene, falsche Geständnisse zugrunde.

Gerechtigkeit für alle

Als positives Zeichen zu werten ist, dass Mexiko soeben die Internationale Konvention gegen Folter ratifiziert hat. Gemäss Amnesty International ist es jedoch unabdingbar, dass sich Mexiko nun ein wirksames Instrument verschafft, um diese Verpflichtung in konkrete Taten umzusetzen. Keinerlei Fortschritt ist bezüglich des traditionellen Misstrauens der Bevölkerung gegenüber der Polizei und dem bestehenden Justizapparat festzustellen. Die mexikanischen Behörden sind deshalb gut beraten, in einer Stellungnahme Gerechtigkeit für alle verbindlich zu garantieren. Obwohl die Zentralregierung im Verlauf der letzten Jahre neue Justizreformen vorgelegt hat, besteht weiterhin das Problem, dass die Gerechtigkeit auf lokaler Ebene nur partiell zum Zug kommt, und allzu oft nur dann, wenn es lokalpolitischen Zielen dient.

Tommy Byrne

Aus: www.chiapas.ch



Vortragsreihe: "Ohne Landrechte keine Entwicklung. Die Landfrage in Lateinamerika"

18. August bis 20. September 2005, jeweils um 20 Uhr im Käfigturm - Ein Politforum des Bundes, Marktgasse 67, Bern

Organisiert vom Verein Lateinamerika-Schweiz (ALAS) mit freundlicher Unterstützung von PBI, der Stiftung für Bevölkerung, Migration und Umwelt; Migros-Kulturprozent, SRK, Brot für alle, Terre des hommes Schweiz, Fastenopfer, Fachstelle OeME, Swiscoalition, Swissinfo, E-CHANGER, ask!, Caritas Bern, Guatemalanetz Bern, Peacewatch Switzerland, ACAT, Mundo Hispánico

Donnerstag, 8. September

GUATEMALA: Die schwierige Entstehung eines politischen Willens für einen dauerhaften Frieden (Mô Bleeker, EDA/PA IV und Hugo

Cabrera, Guatemala-Netz Zürich)
Spanisch

Mittwoch, 14. September

BRASILIEN: Landlosenbewegung (MST): Situation und Perspektiven (Beat «Tuto» Wehrle und Isabelle Plomb, E-CHANGER)
Deutsch/Französisch

Dienstag, 20. September

LATEINAMERIKA-SCHWEIZ: Beitrag des Weltsozialforums für die Verbesserung der Situation der Kleinbauern?

(Andrea Hämmerle, Nationalrat)
Deutsch
Simultanübersetzung (Spanisch-Deutsch vice versa)

www.latinoamerica-suiza.org

Ein Kommen und Gehen: Sommer 2005



Brigit Dürr
CH → Mexiko

Fast wäre ich sitzen geblieben in einem netten Haus, in einer vertrauten Umgebung, an einer tollen Arbeitsstelle mit einem schönen – und anstrengenden – Beruf als Lehrerin. Doch ich wollte noch etwas Sinnvolles tun. Ich stiess auf PBI und entschied, sofort mit dem Spanischlernen zu beginnen.

«Nach Mexiko?», werde ich oft ungläubig gefragt. Ja, das Bild eines friedlichen Landes, wie es die mexikanische Regierung vermittelt, sieht in der Realität anders aus. Während einem halbjährigen Freiwilligeneinsatz in einem Strassenkinderprojekt spürte ich das unmittelbar. Oft musste ich mit den Einheimischen Indigenas aus einem Bus aussteigen, weil uns die Militärs dazu aufforderten. Uns Weissen gegenüber sind die Staatsangestellten höflich, denn sie müssen das Tourismusgeschäft unterstützen. Doch die Ohnmacht

der Einheimischen war spürbar. Sie wissen von den Vergewaltigungen, Morden, Drohungen und Verschleppungen. Nun kehre ich nach drei Wochen Aufenthalt in der Schweiz bereits wieder nach Mexiko zurück. Alles ist noch ganz «frisch», die Erfahrungen dort und zum Schluss das PBI-Training, das mir so ausgesprochen gut gefallen hat, dass ich absolut überzeugt bin, genau die richtige Arbeit für mich gefunden zu haben.



Gabi Stämpfli
Kolumbien → CH →
Kolumbien

Seit einem Monat bin ich ferienhalber in der Schweiz. Mein erstes Jahr mit PBI habe ich im Team von Urabá verbracht: Eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Am meisten beeindruckt haben mich die menschlichen Begegnungen, so zum Beispiel mit den BewohnerInnen der Friedensgemeinden. Sie haben mich in Sachen Solidarität, Optimismus und Durchhaltewille

viel lernen lassen. Aber auch die MenschenrechtsverteidigerInnen, die aus Bogotá oder Medellín nach Urabá kamen, lebten mir vor, wie viel Mut sie für ihren Traum von einem gerechteren und friedlicheren Kolumbien aufbringen. Ein wichtiger Teil meines PBI-Lebens war natürlich auch das Zusammenleben und -arbeiten mit den anderen Freiwilligen. Ich habe mich entschieden, einen zweiten Einsatz in Bogotá anzuhängen, weil ich direkt erfahren habe, wie wichtig die Arbeit von PBI ist und weil ich diese auch in einer anderen Region von Kolumbien ausführen möchte.



Wiebke Döring
Indonesien → CH

Ich habe meinen Einsatz mit PBI in Indonesien vorzeitig abgebrochen. Das Indonesien-Projekt hat im Moment mit der Schwierigkeit zu kämpfen, dass alle Teams mehr oder weniger in ihrer Arbeit blockiert sind und deshalb im Prinzip das Projekt nur unterhalten wird, aber keine konkrete Arbeit geleistet werden kann (Ausnahme hierbei bildet das Programm zur Friedenserziehung). Dies ist teilweise auch durch die prekäre finanzielle Lage bedingt. Für mich war die Arbeit sehr frustrierend, weil ich das Gefühl hatte, das Projekt schreckt davor zurück, weitreichende Entscheide zur Schutzbegleitung zu treffen, wodurch das gesamte Projekt stecken blieb und Möglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden.

Ich bin enttäuscht, dass mein Einsatz so schnell wieder beendet war, insbesondere nach der zeit- und kostenintensiven Vorbereitung. Gleichzeitig bin ich aber auch froh, dass ich diesen Entschluss gefasst habe und damit nun offen bin für neue Projekte, bei denen ich meine Ressourcen sinnvoll einsetzen kann.

Bewegung im Nationalkomitee

Neu: Benoît Hemmer

«Nach einem (unbewaffneten) Engagement als Militärbeobachter der UNO im Nahen Osten möchte ich mich weiter für die Friedensförderung einsetzen. Das Konzept von PBI – "Making space for peace" – hat mich überzeugt.» Die Generalversammlung wählte Benoît Hemmer für ein Jahr. Aufgrund der beruflichen Tätigkeit für die Armee darf er keine nach aussen repräsentierenden Aufgaben übernehmen.

Neu: Nicola Stingelin

«Es ist mir ein Anliegen, meine langjährigen Erfahrungen in Betriebswirtschaft und Management kombiniert mit meinem jetzigen Beruf als Ethikerin zu Gunsten einer interna-

tionalen Organisation wie PBI einzusetzen. Gerne stelle ich PBI meine Kompetenzen zur Verfügung und lerne die Organisation besser kennen.»



Stabsübergabe: Béatrice Berset

übergibt das Präsidium an **Jürgen Störk**. Wir danken Béatrice Berset herzlich für das achtjährige Engagement im Nationalkomitee, insbesondere ihre Aufbauarbeit bei der FribourgSolidaire!

Agenda

PBI-Infonachmittage

Samstag, 3. Sept. 2005, 13.00-17.30 h, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, Bern

Samstag, 10. Sept. 2005, 13.00-17.30 h, Volkshaus, Stauffacherstr. 60, Zürich

PBI-Training Schweiz

– 28.-30. Oktober 2005

Jugendherberge Solothurn (Teilnahme CHF 190.-)

Regionalgruppen

– Bern-Freiburg:

05.10.05 / 23.11.05,
Kontakt: Margret Powell
mpowelljoss@swissonline.ch

– Luzern:

13.09.05, Kontakt:
Barbara Lenzin
b.lenzin@econophone.ch

– Zürich:

18.10.05 / 15.11.05,
Kontakt: Maria Fried
marai@freesurf.ch

Events

– **18. August – 20. September**, Vortragsreihe „Ohne Landrechte keine Entwicklung. Die Landfrage in Lateinamerika“, Marktgasse 67, Bern (Detailprogramm siehe Seite 14).

– **3. September 2005, 14.30-21.00h**, Bern-Münsterplatz: Abschluss der Fotowanderausstellung «Memoria – der vergessene Krieg in Kolumbien». ASK-Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, www.kolumbien-aktuell.ch. Standaktion Regionalgruppe BE-FR (14.30-20.00 h).

– **17.-18. September 2005**, PBI RückkehrerInnen-Weekend. Wir bieten einen Einblick in die Phasen der Rückkehr, tauschen Erfahrungen aus und erarbeiten Strategien, um die Reintegration zu erleichtern. Kontakt: PBI Schweiz.

Weitere Events werden fortlaufend auf der Website publiziert:

www.peacebrigades.ch

Umzug nach Bern

Neu erreichen Sie uns unter folgender Adresse:

PBI Schweiz
Gutenbergstr. 35
3011 Bern

Tel. 031 372 44 44

Fax 031 372 44 45

info@peacebrigades.ch
www.peacebrigades.ch

Wir freuen uns über Besuch!

Mobilitätspartner für PBI Einsätze

GLOBETROTTER
TRAVEL SERVICE

Globetrotter Travel Services AG, Groups and Commercial
gc@globetrotter.ch, 031 313 00 13

Spendenkonto

Peace Brigades International-CH
PCK: 80-20957-8



Reisen und PBI unterstützen Buchungen bei Globetrotter mit Hinweis auf Ihre PBI-Mitgliedschaft verhelfen uns zu 3% des getätigten Umsatzes (Direktnummer für Buchungen siehe oben). Unterstützen Sie uns durch diese Mobilitäts-Partnerschaft – wir danken herzlich!

Antwort-Talon

- Ich interessiere mich für das Einführungsweekend vom 28. bis 30. Okt. 2005 in Zofingen.
- Ich will Mitglied von PBI Schweiz werden (Einzelmitglied CHF 60.-/Jahr; reduziert: CHF 30.-; kollektiv CHF 120.-)
- Ich würde gerne für PBI aktiv werden. Rufen sie mich an!
- Ich wünsche die PBI-Informationen zukünftig in
 Deutsch Französisch zu erhalten

Name Vorname

Strasse PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

PBI Schweiz, Gutenbergstr. 35, 3011 Bern

Tel. 031 372 44 44 • Fax 031 372 44 45 • info@peacebrigades.ch